

**Zeitschrift:** Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 8 (1967)  
**Heft:** 14

**Artikel:** Ideologie und Aussenpolitik in Osteuropa  
**Autor:** Revesz, Laszlo  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1077097>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 28.11.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Ideologie und Aussenpolitik in Osteuropa

Von Laszlo Revesz

Die sowjetische Aussenpolitik ist in ihrem praktischen Verhalten gerade jetzt von besonderer Aktualität. Aber als wichtige Aeusserung eines kommunistischen Staates hat sie gleichzeitig ihre theoretischen Grundlagen eigener Prägung. Und Kenntnisse hierüber sind zur Beurteilung der allgemeinen Sachlage keineswegs überflüssig.

Seit einigen Jahren widmet man in der Sowjetunion der Erörterung der ideologischen Grundlagen der Aussenpolitik recht grosse Aufmerksamkeit, was unter anderem auch mit der seit Stalins Tod (März 1953) stark intensivierten sowjetischen Aussenpolitik zusammenhängen dürfte. Deshalb scheint die Kenntnis dieser Grundlagen von sehr grosser praktischer Bedeutung zu sein.

Da als Grundlage der Aussenpolitik die klassen-gebundene Philosophie des Marxismus-Leninismus dient, kann man von einer einheitlich genormten sowjetischen Aussenpolitik nicht reden. Sie gestaltet sich je nach dem Klassencharakter der einzelnen Staaten. Unterschiedliche Prinzipien gelten für die internationalen Beziehungen je nach dem Klassencharakter des Partners beziehungsweise des Gegners. Für die Beziehungen zu den «sozialistischen» Ländern gelten andere Regeln als für die Beziehungen zu den «imperialistischen» Staaten und wieder andere für die Beziehungen zu den Entwicklungsländern. Die Aussenpolitik eines kommunistisch regierten Staates ist mit der klassengebundenen Ideologie untrennbar verbunden.

Will man die ideologischen Grundlagen der sowjetischen Aussenpolitik studieren, muss man zuerst die Begriffe von Politik und Ideologie im Marxismus-Leninismus untersuchen, da sie einen gänzlich anderen Inhalt aufweisen als in einem Rechtsstaat. Durch den abweichenden, sehr oft sogar einander widersprechenden Inhalt der Grundbegriffe erhalten alle Aspekte der sowjetischen Aussenpolitik eine spezielle Färbung, einen Klasseninhalt. Die aussenpolitische Terminologie kann durch ihre dialektische und infolgedessen unterschiedliche Auslegungs- und Anpassungsmöglichkeit ein sehr wirksames Mittel in einem aussenpolitischen Propagandafeldzug sein. Durch die dialektischen Wendungen können die verschiedenen Begriffe zu jedem Zeitpunkt und in jedem Milieu eine andere Färbung erhalten und dadurch eine allgemeine Verwirrung bei den Gegnern herbeiführen.

Die Politik ist bekanntlich in kommunistischer Sicht die Regelung der Beziehungen zwischen Klassen untereinander beziehungsweise zwischen ihnen und dem Staat. Sie ist also ein Mittel des Klassenkampfes. Innen- und Aussenpolitik bilden eine organische Einheit, da auch der Klassenkampf nicht nur auf nationaler, sondern (heute immer mehr) auch auf internationaler Ebene geführt werden muss. Auch die Ideologie

weist eine ausgesprochene Klassennatur auf. Sie ist die Widerspiegelung des gesellschaftlichen Seins, des materiellen Milieus im Bewusstsein des Menschen. Sie ist immer klassengebunden und parteilich, das heisst den feindlichen Klassen gegenüber feindlich eingestellt. Politik und Ideologie sind also einerseits Klassenbegriffe, andererseits auch den Klasseninteressen restlos untergeordnet. Dies gilt auch für die Aussenpolitik.

## Internationalismus und Koexistenz

Als Prinzip für die Regulierung der aussenpolitischen Beziehungen zu den «sozialistischen» Ländern gilt der «sozialistische Internationalismus» (Zusammenarbeit, unerschütterliche Freundschaft, Erfahrungsaustausch auf Klassenbasis). Die Aussenpolitik gegenüber den entwickelten kapitalistischen Ländern beruht auf den allgemeindemokratischen Prinzipien: «friedliche Koexistenz» als spezifische Form des internationalen Klassenkampfes und der Grundsatz des Nichtangreifens. Dem «sozialistischen Internationalismus» liegt also das Klassenbündnis, der «friedlichen Koexistenz» der internationale Klassenkampf zugrunde. Zwischen Entwicklungsländern und Imperialismus wird aber die friedliche Koexistenz ausgeschlossen, während zwischen Entwicklungsländern und sozialistischem Weltsystem die friedliche Koexistenz einen speziellen Inhalt bekommt: Bündnis, gemeinsamer Kampf gegen den Kolonialismus und Imperialismus, selbstlose Zusammenarbeit und Unterstützung.

Eine Stabilität der Aussenpolitik ist also ausgeschlossen, denn sie muss sich den Klassenverhältnissen immer anpassen und dialektisch geführt werden. Da die Aussenpolitik theoretisch betrachtet klassengebunden sein muss, nehmen alle ihre Inhaltselemente und alle Elemente des sowjetischen völkerrechtlichen Konzeptes Klassencharakter an.

Aber gerade der zuletzt erwähnte Klassencharakter des Rechts und auch des Völkerrechts verursachte der sowjetischen politischen Wissenschaft viele Sorgen. Heute weigert sich die sowjetische Wissenschaft nicht mehr, die Existenz des Völkerrechts anzuerkennen, trotzdem diese während Stalins Lebzeiten meistens in Frage gestellt wurde. Das Recht ist ein Ueberbauelement der wirtschaftlichen Basis. Das nationale Recht ist also der Ueberbau der nationalen Wirtschaft. Das Völkerrecht sollte jedoch das Ueberbauelement

von zwei Wirtschaftssystemen — Kapitalismus und «Sozialismus» — sein, was für die sowjetischen Theoretiker lange Zeit für unmöglich schien.

## Klasseninhalt zum Völkerrecht

Die ideologische Untermauerung der erwähnten Wandlung ist folgende: Das heutige Völkerrecht wird als qualitativ neues Recht betrachtet. Es habe sich vom Recht des Krieges und Friedens in ein Instrument zur Garantie des Friedens umgewandelt. Diese Wandlung erfolgte jedoch unter dem entscheidenden Einfluss des sozialistischen Lagers, hauptsächlich der Sowjetunion. Einige auch früher schon anerkannten Prinzipien (Achtung der staatlichen Souveränität, Nichteinmischung, Gleichberechtigung der Staaten usw.) erhielten unter dem Einfluss der sowjetischen Aussenpolitik einen neuen Klasseninhalt. Die wichtigsten Prinzipien wurden aber direkt auf sowjetischen Druck anerkannt und wurden zum Bestandteil des modernen Völkerrechts (das Prinzip des Verzichtes auf Angriff, das der Selbstbestimmung, der friedlichen Koexistenz usw.).

Den offiziellen sowjetischen Standpunkt drückte der Tifliser Völkerrechtsprofessor, L. A. Aleksidze, in der Juni-Nummer der zentralen Zeitschrift für Rechtswissenschaften, «Sowjetskoje gosudarstwo i pravo», folgendermassen aus: «Diese Aenderungen hängen in der ersten Linie damit zusammen, dass auf dem internationalen Feld der Sowjetstaat erschien, dessen Aussenpolitik und völkerrechtliche Praxis auf den Frieden ausgerichtet sind. Diese beschleunigte den Sturz des von den kapitalistischen Staaten errichteten Systems jener völkerrechtlichen Verhältnisse, welche auf der Versklavung der schwachen Völker und Staaten beruhen.» Wie Aleksidze weiter ausführt, gilt auch das frühere Prinzip der «fatalen Unvermeidbarkeit des Weltkrieges» heute nicht mehr, und zwar wieder als Folge der friedliebenden, sich aber auf die wirtschaftliche und militärische Stärke des sozialistischen Lagers stützenden Sowjetunion.

Als wichtigste Grundlage der sowjetischen Aussenpolitik und Pfand ihrer erfolgreichen Aktionen wird ihre wissenschaftliche Natur angeführt. Ein sehr bekannter sowjetischer Autor (I. Lemin) schrieb in der Juni-Nummer der Moskauer aussenpolitischen Zeitschrift «Mirowaja ekonomika i meschdunarodnje otnosenija» (Welt-politik und internationale Beziehungen) unter anderem folgendes:

## Exklusivanspruch auf Humanismus

Nur die sowjetische Aussenpolitik hat einen wissenschaftlichen Charakter. Ihre Wissenschaftlichkeit beruht auf der Analyse und Feststellung des Klassencharakters der politischen Erscheinungen, auf der Berücksichtigung der Klassenkräfte. Lemin und mit ihm die gesamte sowjetische politische Wissenschaft, wirft der bürgerlichen Aussenpolitik hauptsächlich folgende Fehler vor: Sie lehne den wissenschaftlichen Charakter der Aussenpolitik ab, sie bezweifle den Klassencharakter der aussenpolitischen Beziehungen und sie anerkenne den Humanismus als Grundlage der Aussenbeziehungen nicht. In diesem Zusammenhang betont die sowjetische Fachliteratur: Humanismus sei nur die Eigenschaft der sowjetischen Aussenpolitik, da der humane Charakter einer aus-

senpolitischen Linie keine «Exportware» sei (nach Lenins Worten). Der Humanismus der sowjetischen Aussenpolitik kommt, laut dieser These, praktisch in der ersten Linie darin zum Ausdruck, dass die wichtigsten Prinzipien des heutigen Völkerrechts gerade unter ihrem Druck anerkannt wurden (Verzicht auf den Krieg bei der Lösung von internationalen Streitigkeiten, Anerkennung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz usw.).

Das Pfand des Humanismus der sowjetischen Aussenpolitik liegt in ihrem Volkscharakter, ihrer Verbundenheit mit den Volksmassen aller Länder. Aus dieser These folgt der wichtigste Charakter der sowjetischen Aussenpolitik: Suche nach Kontakten mit den Volksmassen, und zwar nicht im eigenen Lande, sondern vor allem in den Staaten, auf deren Abschwächung die offizielle Politik gerade Richtung nimmt. Im Ausland verlangt die Sowjetunion die Einschaltung der Volksmassen in die Gestaltung der Aussenpolitik, wobei der Begriff «Volk» den bekannten Klassencharakter aufweist («Volk» — nur ein Teil der Bevölkerung, nämlich der «fortschrittliche»). Der Aussenpolitik der bürgerlichen Staaten wird vorgeworfen, sie dulde die Einmischung des Volkes nicht.

Die offizielle sowjetische Aussenpolitik ist also bemüht, alle «friedliebenden», pazifistischen, unzufriedenen Elemente im Westen für ihre Friedenslosungen und sozialen Losungen aufmarschieren zu lassen. Die internationale Friedensbewegung, die internationale Gewerkschaftsbewegung, Studentenbewegung, die Bewegung der «demokratischen» Jugend, der «Verband demokratischer Juristen», jener der «demokratischen» Journalisten — alle von Moskau finanzierte und gesteuerte internationale Frontorganisationen — dienen als Mittel für die Mobilisierung der «breiten Volksmassen».

Dass die sowjetische Aussenpolitik mit dieser Linie erhebliche Erfolge erzielte, ist kaum zu bezweifeln, besonders in Italien, Frankreich, aber auch in den intellektuellen Kreisen anderer Länder. Es ist kaum zu bezweifeln, dass diese Erfolge in der ersten Linie damit zusammenhängen, dass die «friedliebenden und fortschrittlichen» Volksmassen über die Prinzipien und ideologischen Grundlagen der sowjetischen Aussenpolitik nicht im klaren sind.

### Bei sich daheim unter Ausschluss der Massen

Es lohnt sich, darauf hinzuweisen, dass während die kommunistischen Staatsparteien auf internationaler Ebene bestrebt sind, die Volksmassen in die Gestaltung der aussenpolitischen Linie weitgehend einzuschalten, sie diese gleichzeitig zu Hause von der Festlegung der politischen Linie am entschiedensten fernhalten, wodurch ein Gegensatz zwischen aussenpolitischer und innenpolitischer Linienführung entsteht, trotz der These der Einheit von Innen- und Aussenpolitik. In diesem Zusammenhang kann man auf die Rede von Jiri Hendrych, Ideologe der KP der Tschechoslowakei, an der Plenarsitzung des ZK der KPTsch am 23./24. März hinweisen. Er betonte, dass die Partei die Diskussion zur Bereinigung der Meinungen und Darlegung der Standpunkte befürworte. Aber: auch die Diskussion habe ihre Regeln, die beachtet werden müssten, da eine zwecklose, sinnlose, leere Polemik keinesfalls zu positiven Resultaten führen würde. Die Partei unterstütze entschieden die sachliche und

wissenschaftliche Diskussion, sie werde aber darauf achten, dass diese nicht gegen den Sozialismus ausgenützt werde. Es versteht sich von selbst, sagte er, dass man von den erwähnten sachlichen Diskussionen diejenigen abgrenzen muss, welche ausschliesslich eine politische Natur innehaben. Er fuhr mit folgenden Worten fort:

*«Auch diejenigen Probleme können nicht zur Diskussion gestellt werden, deren Lösung unsere Staatsbürger nicht beeinflussen können. Zur Erörterung der wichtigen politischen Fragen sind die Kollektive unserer Partei berufen. Was jedoch die politischen Diskussionen betrifft, muss man zwischen innerparteilichen und öffentlichen Diskussionen unterscheiden. Das Recht auf die Diskussion kann natürlich nicht bedeuten, dass die Parteibeschlüsse nicht für jedermann bindend sind. Es ist offenbar, dass die Minderheit durch die Provozierung einer neuen Diskussion ihren*

*Willen der Mehrheit nicht aufdrängen kann... In unserer Partei sind die Grundsätze des demokratischen Zentralismus für jedermann und restlos verbindlich... Die Diskussion muss überall, in allen Organen, in allen Parteiorganisationen, vom ZK bis zu den Grundorganisationen den Zweck haben, die Aktionseinheit der Partei zu festigen und die Erfüllung der schon abgeklärten Aufgaben unter den besten organisatorischen Voraussetzungen zu garantieren... (vgl. «Uj szo», Pressburg, 31. März 1967, Seite 5).*

Also: In der Festlegung der aussenpolitischen Linie hat nur die Partei das Wort, aber auch für die Massen der Partei sind die von oben erlassenen Direktiven bindend. Auf internationaler Ebene verlangt die Sowjetunion für ihre «Verbündeten» die vollständige Rede- und Diskussionsfreiheit. Dies ist die Dialektik der Parteipolitik! ■

## Sturm in Prag

Der 4. tschechoslowakische Schriftstellerkongress (28. bis 30. Juni)

Das Prager Zentrale Kulturhaus der Verkehrsbetriebe beherbergte schon seit langem kein so erregtes Publikum, wie die literarische Elite der Nation in der Hitze der letzten Junitage. Strengstes Stillschweigen und Eintrittsverbot sowohl für ausländische als auch für inländische Journalisten sollten Berichte von den Diskussionen verunmöglichen. Sogar das parteioffizielle «Rude Pravo» gab nur indirekt Nachrichten von den stürmischen Ereignissen, abgesehen von den Reden der Delegierten der Partei, die natürlich mit aller Ausführlichkeit dargestellt wurden.

Am ersten Tag versuchte der Sekretär des Parteipräsidiums den Ton der Beratung anzugeben. Er sprach in seinem Beitrag über die internationale Situation und im Zusammenhang damit von der Verantwortung des Künstlers, der im Kampf um den Fortschritt offen Stellung nehmen müsse. Er wandte sich energisch gegen jene Schriftsteller, die in jüngster Zeit, vor allem in der Zeitschrift «Literarni Noviny», für eine Erweiterung der schöpferischen und politischen Freiheit eingetreten waren: «Die Freiheit des Künstlers darin zu verstehen, dass er das Recht auf einen Standpunkt ohne jede Verantwortlichkeit, dass er das Recht auf einen klassenfreien, abstrakten, humanistischen Standpunkt haben solle, hiess die Kultur zurückzudrücken in eine Zeit, als sie noch um ihre Grundrechte kämpfen musste. Ganz konkret würde das heissen, in der Kultur einen subjektivistischen Standpunkt anzustreben, ein Gruppensektierertum, eine Regierung starker Ellenbogen.»

Trotz dieser Ermahnungen dürfte es zu harten Diskussionen gekommen sein, denn am nächsten Tag sah sich kein Geringerer als Staatspräsident und Parteichef Novotny veranlasst, in seiner Rede vor einer Parteiversammlung zu erklären, dass es in der Republik noch immer Menschen gebe, die behaupten, die Kommunisten hätten ihre Aufgabe veruntreut, Träger des Fortschritts der Gesellschaft zu sein: «Wir können nicht mehr die Behauptungen dulden, dass wir in den vergangenen Jahren eine Epoche einer 'zweiten Finsternis' durchschritten hätten. Von diesem Geist geprägt, war das Auftreten einiger Schriftsteller

auf ihrem 4. Kongress, wo diese Leute die Politik der Partei sowie die staatliche Innen- und Aussenpolitik angefallen haben, die klassenmässige Ausöhnung mit der bürgerlichen Ideologie ausgeführt und den Klassenkampf nicht anerkannt haben. Diese Leute wollen vielleicht hier bei uns in der Tschechoslowakei die Rolle irgendeiner dritten Kraft spielen. In Wirklichkeit sind sie aber eine Kraft, welche der Reaktion dient.»

Den schärfsten Diskussionsbeitrag des Kongresses lieferte nach aller Wahrscheinlichkeit der kommunistische Schriftsteller Ludwik Vaculik, der vor dem Angesicht des hohen Parteisekretärs Hendrych erklärt haben soll, dass die herrschende Partei, vor allem in ihren oberen Rängen, vom Sozialismus keine Ahnung habe. Die Kollegen haben seine Ausführungen mit frenetischem Beifall quittiert. Hendrych liess sich den Angriff gegen die neue Klasse keineswegs gefallen, sondern kritisierte Vaculik hart und erklärte, dass «seine Geduld mit den Schriftstellern nunmehr zu Ende sei». Parteiorgan «Rude Pravo» druckte eine Aeusserung von Hendrych ab, die für die kritische Stimmung des Kongresses bezeichnend ist: «Die Parteidelegation identifiziert sich mit jenen Kongressteilnehmern, die ihre Stimme gegen die Versuche erhoben, den Kongress politisch zu missbrauchen und eine Atmosphäre zu schaffen, die gegen die Bemühungen gerichtet war, die Beschlüsse des 13. Parteitages über die Literatur zu realisieren.»

Für die Schärfe der Auseinandersetzungen zwischen Schriftstellerverband und Partei ist es charakteristisch, dass die vom vorbereitenden Ausschuss vorgelegte Liste der Kandidaten für das Leitungsorgan des Schriftstellerverbandes im letzten Moment von der kommunistischen Partei zurückgewiesen wurde. Weltberühmte tschechoslowakische Literaten wurden also gezwungen, von ihrer Kandidatur «freiwillig» zurückzutreten. Es handelte sich um den berühmten Dramatiker Vaclav Havel, den Romancier Ivan Klima, den Dramatiker Pavel Kohout und den kommunistischen Dichter Ludwik Vaculik. Manche Delegierte haben unter diesen Umständen den Ab-

(Fortsetzung auf Seite 12)